



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/49 - 27.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Der Eiserner Vorhang um und innerhalb Berlins	S. 1
Zur Kongreß der jugoslawischen Volksfront	S. 3
Zur Debatte um das Vertriebenengesetz	S. 5
Linientreue in der CDU	S. 7
<u>Anhang:</u> Ollenhauer - Rede zur Wirtschaftspolitischen Tagung in Bochum	

Das Berliner Ghetto

Von Willy Brandt, MdB

Die widernatürliche Spaltung Deutschlands ist in Berlin auf die Spitze getrieben worden. Die deutsche Hauptstadt wurde einer zusätzlichen Zerklüftung ausgesetzt. Seit Jahren schon erleben wir eine immer stärkere Isolierung des sowjetischen Sektors von Berlin. In diesen Tagen stehen wir Maßnahmen gegenüber, die darauf abzielen, Ostberlin gleich einem kommunistischen Ghetto von den Westsektoren abzuschneiden.

Die gemeinsame Verwaltung Berlins ist Ende 1948 durch die Errichtung des Ebert-Magistrats gespalten worden. Inzwischen wurde Ostberlin eine "Bezirksverwaltung" nach dem Muster der Sowjetzone beschert. Östlich des Brandenburger Tors gelten die sowjetzonalen Vorschriften. Keine Westberliner Zeitung darf dort verbreitet werden. Nach einer Zuchthaus-Urteil jüngsten Datums kann sich auch kaum noch ein Mitarbeiter westdeutscher Zeitungen in den Ostsektor begeben, ohne ernste Gefahr für Leib und Leben zu laufen.

Seit geraumer Zeit ist der automatische Telefonverkehr zwischen dem Osten und dem Westen Berlins unterbrochen. Westberliner dürfen, womit man zunächst zu locken versucht hatte, nicht mehr im Ostsektor einkaufen. Ostberliner, die ihrer Arbeit noch im Westen nachgehen, haben sich registrieren lassen müssen. Es handelt sich dabei noch immer um annähernd 30000 Personen, die

man offenbar über kurz oder lang zwingen will, ihren Arbeitsplatz aufzugeben.

Vor einer Reihe von Wochen kam es dahin, daß auch die Straßenbahnen nicht mehr über die Sektorengrenze fahren durften. Widerspruchsvolle Meldungen sind darüber verbreitet worden, was aus dem durch Westberlin gehenden S-Bahn-Verkehr wird, der bekanntlich der sowjetzonalen Eisenbahnverwaltung untersteht. Tatsache ist jedenfalls, daß die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind, die S-Bahn-Züge an der Sektorengrenze einer sehr genauen Kontrolle zu unterziehen. Darüber hinaus sind auf dem Gebiete des Verkehrs verschiedene Maßnahmen bekannt, die auf eine Ausklammerung Westberlins abzielen, dabei aber auch eine zusätzliche Abschnürung Ostberlins herbeiführen würden.

Die sowjetischen Machthaber wissen selbst, daß sie sich durch solche Maßnahmen nicht populärer machen, aber sie stehen unter einem gewissen Zwang. Die Stabilisierung des volksdemokratischen Regimes wird durch die Existenz des freien Berlin immer wieder erschwert oder gar illusorisch gemacht. Westberlin ist an der Zonengrenze schon ziemlich wirksam abgeschnürt. Aber den Personenverkehr von der Zone über den Ostsektor nach Westberlin hat man bisher nicht stoppen können.

Die Machthaber im Osten wissen, daß sie sich mit der Existenz Westberlins inmitten ihres Herrschaftsbereichs abfinden müssen. Ein frontaler Angriff auf Westberlin würde die Westmächte höchstens noch nachdrücklicher auf Berlin festlegen. Bleibt der "Ausweg", eine Art chinesischer Mauer durch die Millionenstadt zu ziehen. Aber selbst das würde nicht ausreichen. Darum erstrebt Pankow nicht nur die Ghetto-Lage des Ostsektors, sondern auch eine verschärfte Kontrolle um ganz Berlin herum. Auch die Übergänge zwischen Sowjetzone und Sowjetsektor sollen viel schärfer als bisher überwacht werden und die in Vorbereitung befindlichen Bezirksausweise für die Bewohner der Sowjetzone werden eine solche Überwachung erleichtern.

Über eine Million Ostberliner sehen der nächsten Entwicklung mit großer Sorge entgegen. Bisher hatten sie es leichter als die Landsleute in der eigentlichen Sowjetzone. Jetzt verschärfen sich die Verhältnisse von Woche zu Woche. Angesichts des zunehmenden Drucks taucht immer wieder die Frage auf, ob nicht die Westmächte zusätzliche Anstrengungen machen könnten, um auf die Sowjets im Sinne einer Änderung ihrer Berlin-Politik einzuwirken.

Für Berlin wurde 1945 eine gemeinsame Kommandantur gebildet, die einige Zeit nach dem Kontrollrat geplatzt ist. Aber es liegen immer noch von den Sowjets gemeinsam mit den Westmächten übernommene Verpflichtungen vor, an die sie sehr ernst erinnert werden sollten.

Titos neues Wagnis

Von unserem G.G. - Mitarbeiter

Belgrad, Ende Februar

Der 4. Kongreß der jugoslawischen Volksfront, der vom Sonntag bis Mittwoch in Belgrad tagte, ist der letzte Kongreß der jugoslawischen Volksfront gewesen. Seine Hauptaufgabe war es, den Beschluß zu fassen, daß die "Volksfront" sich in einen "Sozialistischen Bund des arbeitenden Volkes Jugoslawiens" verwandeln soll. Das sieht auf den ersten Blick so wie eine Namensänderung aus. Aber es spricht alles dafür, daß diese Namensänderung der Auftakt zu einer Veränderung der politischen Struktur Jugoslawiens sein soll, deren Bedeutung und deren Folgen heute noch niemand voll abschätzen kann.

Auf dem Wege zur Demokratisierung

Aus der Ansprache, die Marschall Tito - in schlichtem Zivil und mit Hornbrille - zur Eröffnung des Kongresses hielt, und aus dem vierstündigen Hauptreferat des ehemaligen Außenministers Kardelj - der jetzt zum Generalsekretär des "Sozialistischen Bundes" gewählt wurde, dessen Vorsitzender Tito ist - ging deutlich hervor, daß der Übergang von der "Volksfront" zum "Sozialistischen Bund des arbeitenden Volkes" ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste politische Schritt auf dem Wege der Demokratisierung des Tito-Regimes sein soll, der mit der Bildung von Produzentenräten in der Industrie, mit dem Abstoppen der Kollektivierung in der Landwirtschaft und mit der "Entbürokratisierung" der Verwaltung und der Wirtschaft bereits beschrritten worden ist.

Die "Volksfront" ist, obwohl sie schon während des Krieges entstanden ist und angeblich mehr als sieben Millionen Mitglieder zählt, bisher kaum mehr als ein Trabant der Kommunistischen Partei gewesen, bei der allein die politische Führung lag und die politischen Beschlüsse gefaßt werden. Inzwischen aber hat sich die Kommunistische Partei Jugoslawiens in einen "Bund der Kommunisten" verwandelt; sie soll, wie versichert wird, nicht nur dem Namen nach aufhören, eine Partei zu sein, sie soll keine politischen Entscheidungen mehr treffen, sondern sich der Aufgabe widmen, eine forschende und ideengebende politische Avantgarde zu sein. Die politischen Entscheidungen und Aktionen sollen fortan Sache des "Sozialistischen Bundes des arbeitenden Volkes" sein, in dem auch die Kommunisten als einfache Mitglieder, nur nach ihrer individuellen Leistung bewertet, tätig sein sollen und dem jeder Jugoslawe

und jede Jugoslawin über 18 Jahre beitreten kann. Alle Arbeiter, Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden - ja möglichst auch alle noch von der Politik abseits stehenden Frauen will dieser "Bund" erfassen, ohne Unterschied der Religion oder der Zugehörigkeit zu einer der vielen Völkerschaften Jugoslawiens. An die Stelle der kommunistischen Sekte soll die sozialistische Massenorganisation treten - und sie soll die demokratische Basis der Verwaltung und Politik Jugoslawiens werden.

Abkehr vom stalinistischen Bürokratismus

Gewiß liegt es nahe, solchen Absichten gegenüber skeptisch zu bleiben, solange sie nicht in die Wirklichkeit umgesetzt sind. Aber Tito, auf dessen Wunsch die Verlagerung des politischen Schwergewichts von der kommunistischen Partei zur sozialistischen Massenorganisation erfolgen soll, hat mehr als einmal, im Partisanenkrieg und beim Bruch mit dem Kominform, den Mut zum großen Wagnis bewiesen. Es ist nicht unmöglich, daß er jetzt dabei ist, das größte politische Wagnis zu begeben. Ist es ernst gemeint und gelingt es ihm, dann kann es ihm die breite Massenbasis geben, die seinem Regime bisher noch in weiten Kreisen der Bauernschaft und bei den Frauen zu fehlen scheint und die auch durch religiöse Widerstände und nationale Gegensätze noch begrenzt ist.

Man darf dabei nicht übersehen, daß in Jugoslawien ein Wahlgesetz vorbereitet wird, das die Aufstellung unabhängiger Parlamentskandidaten vorsieht, wenn sie die Unterschriften von 200 Wahlberechtigten erhalten, und daß die einflußreichsten Männer aus Titos Umgebung den Willen betonen, die Abkehr von stalinistischem "Bürokratismus" und Zwangskollektivismus zu vollenden und die industrielle Demokratie durch Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiter zu verwirklichen und den Bauern die Entscheidung zu überlassen, ob sie sich zu freiwilligen Genossenschaften vereinigen oder allein wirtschaften wollen.

Enge Bindung mit den sozialistischen Parteien gesucht

Weder in den öffentlichen Reden, die auf dem 4. Volksfront-Kongreß in Belgrad gehalten wurden noch bei den Empfängen ausländischer Gäste, die im Laufe des Kongresses stattfanden, hat man verschwiegen, daß es eine wichtige Aufgabe des neuen "Sozialistischen Bundes des arbeitenden Volkes Jugoslawiens" sein soll, engeren Kontakt mit den europäischen sozialistischen Parteien und den sozialistischen Parteien Asiens herzustellen und nach Möglichkeit eine Rolle in der Sozialistischen Internationale zu spielen. Man wird gerade deshalb allen Grund haben, die Entwicklung des "Sozialistischen Bundes" aufmerksam, ohne Leichtgläubigkeit, aber auch ohne Vorurteil zu beobachten.

Die äußere Form des Belgrader Volksfrontkongresses, die rhythmischen Beifallszeremonien, die Tito-Rufe, und eine Debatte, die keine Diskussion, sondern eine Kette von Zustimmungserklärungen und Berichten war, hatte noch sehr viel vom alten kommunistischen Ritual. Aber man hatte dennoch den Eindruck, daß der Zweck dieses Kongresses eine politische Strukturwandlung von noch unabsehbaren Folgen in einem Lande war, das sich unverkennbar in einem bemerkenswerten Wandlungsprozeß befindet.

Die Tragödie des Vertriebenen-Gesetzes

Herr Seeborn blieb allen Abstimmungen fern

(sp) Die leidvolle Geschichte des Bundesvertriebenen-Gesetzes ist um ein neues trauriges Kapitel bereichert worden. Entgegen der allgemeinen Annahme kam es nicht, wie vorgesehen, zur 3. Lesung im Bundestag. Die "Grüne Front" der Regierungsparteien setzte in der zweitägigen Debatte zum Generalangriff an; ihr Bestreben war es offensichtlich, das Gesetz an den entscheidenden Stellen so zu verwässern, daß für die Vertriebenen nicht mehr viel übrig blieb. Die Parteien rechts von der SPD setzten dem keinen ernsthaften Widerstand entgegen. Die Koalition ließ ihre Flüchtlingsabgeordneten im Stich. "In diesen zwei Tagen ist mehr zerstört worden, als in drei Jahren aufgebaut wurde" - diesen Verzweiflungsruf stieß der CSU-Abgeordnete Schütz aus, selbst ein Vertriebener.

Die sozialdemokratische Opposition hatte sich, trotz schwerwiegender Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Vertriebenen-Gesetzes, aller Abänderungsanträge um der Sache willen enthalten. Sie stellte ihre Bedenken zurück, um das Inkrafttreten dieses Gesetzes, das in seiner Gesamtheit immerhin eine brauchbare Grundlage für die Eingliederung der Vertriebenen bildet, nicht zu verhindern. Dieses Gesetz ist und sollte sein ein selbstverständlicher Akt nationaler Solidarität jenen gegenüber, die durch die Vertreibung aus der früheren Heimat am schwersten zu tragen haben. Den Krieg hat das gesamte deutsche Volk verloren. Soziale Gerechtigkeit und die Achtung vor uns selbst gebieten einen Ausgleich der Opfer.

Noch nie trat der Riß, der durch die Bevölkerung der Bundesrepublik in sozialen Lebensfragen geht, so klar zutage, wie hier. Auf der Regierungsseite entstand unter dem mächtigen Einfluß der verschiedensten Interessenverbände, genannt die "Grüne Front", ein Block, der es geradezu darauf abgesehen hatte, den Vertriebenen die wenigen Rechte zu entreißen, die ihnen nach dem Gesetz-Entwurf zustehen. So widersprach die "Grüne Front" auch der Aufhebung von bestehenden Pachtverhältnissen zugunsten eines Vertriebenen; nur mit knapper Mehrheit und in namantlicher Abstimmung konnte dieser Anschlag abgewehrt werden. Sprach aus den Reihen der Regierungsparteien ein Flüchtlingsvertreter, stand wieder ihn eine Anzahl anderer Koalitions-Abgeordneter auf. Die Verwirrung innerhalb der Koalition nahm manchmal groteske Formen an. So wußte

Bundesfinanzminister Schäffer wiederholt nicht, ob er für oder gegen einen Verschlechterungsantrag, der aus den Reihen seiner eigenen Fraktion kam, stimmen sollte. Die Opposition vertrat den Grundsatz, daß die Vertriebenen, gemäß ihrer besonderen Notlage und ihrer Stärke, bei der Vergabe von Siedlungsstellen und Arbeitsplätzen besonders berücksichtigt werden sollen; dieser selbstverständliche Grundsatz wurde in verschiedenen Punkten, durch die Abänderungs-Anträge aus den Reihen der Koalition, gebrochen.

Aus der DP, der Partei des Herrn Bundesverkehrsministers Seebohm, kamen die größten Scharfmacher, Herr Seebohm ist auch gleichzeitig 2. Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und er bezeichnet sich recht gern und oft als Opfer der Anstreibung. Dieser "Flüchtlingsvertreter" fehlte bei allen Abstimmungen. Er wich klaren Entscheidungen aus, um nicht in Konflikt mit sich selbst in seiner Eigenschaft als 2. DP-Vorsitzender zu geraten. Das wird dem Herrn Bundesminister bei den Vertriebenen noch schlecht bekommen ...

Zum ersten Mal seit dem Bestand der Bundesrepublik gab es im Bundestag so etwas wie eine klare Trennungslinie: Auf der einen Seite standen die, die sich vor den sozialen und wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges möglichst drücken wollen, auf der anderen Seite jene, die die Liquidierung dieser Folgen als eine nationalpolitische Aufgabe erster Größenordnung ansehen. Ohne die Geschlossenheit der SPD wären die Flüchtlingsvertreter auf der Koalitionsseite hoffnungslos verloren. Sie wären nicht imstande gewesen, die schlimmsten Anträge abzuwehren. Der Verlauf dieser zweitägigen Debatte enthüllt aber auch ein anderes Bild. Sie zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, was die Bundesregierung mit ihrem Wahlgesetz will: Die Ausschaltung aller politischen Kräfte in der Bundesrepublik, denen ein vom Grunde her erneuertes, soziales Deutschland vorschwebt. Die Besitzposition jener verhältnismäßig kleinen Schicht unseres Volkes, die durch den Krieg wenig oder gar nichts verloren oder sogar gewonnen hat, soll für alle Zeiten unangetastet bleiben.

+ + +

Linientreue in der CDU

H-H. Katholik und Katholik ist noch lange nicht gleich. Ein Lehrer beispielsweise, der wegen seines Glaubens mehrere Jahre im KZ gesessen hat, der auch heute noch regelmässig zur Kirche geht, ist selbstverständlich Katholik, aber kein "praktizierender Katholik", wenn er sich politisch zur SPD orientiert hat. Eine solche Erklärung konnte man kürzlich bei der Besetzung einer Rektor-Stelle in einem Stadtparlament hören.

In der Stadt Solingen ereignete sich in den letzten Tagen folgendes: Der bisherige Oberstadtdirektor, der eingeschriebenes Mitglied der CDU ist, musste neu gewählt werden. In Solingen ist aber ein Rechtsstreit zwischen CDU und SPD entbrannt. Die CDU wirkte auf den Stadtdirektor ein, entsprechend ihrem Standpunkt einen Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung zu beanstanden. Der Oberstadtdirektor lehnte das ab, weil der Beschluss ordnungsgemäss zustande gekommen war und in keiner Weise das geltende Recht verletzte. Dafür stimmte die CDU-Fraktion geschlossen gegen die Wiederwahl ihres parteigenössischen Oberstadtdirektors.

Die CDU im Solinger Stadtparlament übt überhaupt Obstruktionspolitik um jeden Preis. Sie stimmte gegen den Nachtragshaushaltsplan der Stadt, weil darin selbstverständlich auch die Beiträge angeführt waren, die im vergangenen Jahr auf Grund ordentlich gefasster Ratsbeschlüsse ausserhalb des ordentlichen Haushaltsplanes getätigt worden waren. Sie erklärte, für den Wirtschaftsplan der Stadtwerke nur zu stimmen, wenn die bisherige Bezahlung des zuständigen sozialdemokratischen Dezernenten um eine Gehaltsstufe herabgesetzt würde. Die Zuhörer in der fraglichen Sitzung fragten sich allgemein, was das alles mit einer sachlichen Kommunalarbeit zu tun habe.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

Sperrfrist: 27.2.1953, 17 Uhr!
=====

Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Erich OLLIENHAUER auf der Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD am 27./28. Februar 1953 in Bochum.

- - - - -

Meine Damen und Herren,
Genossinnen und Genossen !

Diese Tagung ist die zweite in einer Reihe von Veranstaltungen, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Laufe dieser Wochen durchführt, und ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen des Vorstandes unserer Partei herzlichst zu begrüßen.

Heute sind wir zu einer Wirtschaftspolitischen Tagung zusammengekommen. Es ist nicht meine Aufgabe, in diesen wenigen Begrüßungsworten die vielfältigen Probleme zu behandeln, um die es im Rahmen dieser Tagung geht. Aber, gestatten Sie mir einige allgemeine Bemerkungen.

In der Präambel zu dem Aktionsprogramm, das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf ihrem Dortmunder Parteitag im September 1952 beschlossen hat, heißt es:

"Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird die Voraussetzungen für eine Gesellschaftsordnung schaffen, die es den Menschen gestattet, von bloßen Objekten wirtschaftlicher Zwangsläufigkeiten zu Gestaltern ihrer Lebensordnung zu werden."

Damit ist weniger ein Versprechen gegeben als ein Anspruch erhoben worden. Der Anspruch des Menschen auf Selbstbestimmung auch im Erzeugungs- und Verteilungsprozeß, der die materielle Grundlage für die soziale und politische Existenz ist. Der Mensch ist nicht nur ein politisches Wesen und er ist auch nicht nur ein wirtschaftendes Wesen, sondern das sittliche Wesen Mensch begreift beides in sich und noch mehr als das.

Man betrachtet uns Sozialdemokraten gern als die Verantwortlichen für die sogenannte Vermassung. Soweit dieses Problem besteht, -und wir leugnen seine Existenz nicht- ist es das Resultat einer technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die sich, soweit die wirtschaftspolitische Entwicklung in Betracht kommt, ohne und gegen den Willen der Sozialdemokratie vollzogen hat. Ebenso falsch ist es, die Sozialdemokraten als die Förderer der Vermassung zu bezeichnen, weil wir Sozialdemokraten der Auffassung sind, daß der gesellschaftlich organisierte Mensch die materielle Grundlage seiner Existenz planend gestalten kann und soll. Man sagt, die geplante Wirtschaft führe zwangsläufig zu zentraler Verwaltungswirtschaft, die jede freie Unternehmerinitiative ebenso ersticke, wie sie die freie Konsumwahl unmöglich mache. Es führe die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie

zwangsläufig in den Kollektivismus.

Die Redner unserer heutigen Veranstaltung sind berufener als ich, sich mit dieser primitiven Auslegung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen. Sie werden insbesondere die These unseres Aktionsprogramms von der Vereinbarkeit von "Freiheit und Planung" erhärten. Mir sei hier nur ein Hinweis gestattet: In wenigen Wochen werden wir eines Mannes gedenken, der vor mehr als hundert Jahren, zu Beginn seines epochemachenden Lebenswerkes, feststellen mußte, daß die Existenzbedingungen des Menschen im Kapitalismus zur Selbstentfremdung des Menschen führen. Vor siebzig Jahren starb Karl MARX.

Ist nicht gerade diese Selbstentfremdung, die Entmenschlichung des Menschen die Vermassung? Was ist die Vermassung anderes als die erzwungene Entäußerung der Persönlichkeit? Das Spezialistentum, die Teilarbeit am Fließband, im Büro, im Laboratorium oder sonstwo ohne Kenntnis des Ganzen, ohne Einfluß auf das Ganze ist die entscheidende Quelle der Vermassung. Die Teilarbeit ist aber Voraussetzung der Produktivität unserer heutigen Gesellschaftsordnung, und sie ist auch Voraussetzung und zugleich Folge des technischen Fortschrittes.

Es gibt noch eine andere Quelle der Vermassung. Sie liegt in der eigentumsmäßigen Trennung des arbeitenden Menschen von seinen Arbeitsmitteln. Wir wissen, daß die riesigen Apparate und Aggregate des heutigen Produktionsprozesses nicht an ungezählte individuelle Eigentümer aufgeteilt werden können. Entbindet uns aber diese Erkenntnis von dem Willen, eine Lösung des hier bestehenden tragischen Widerspruchs anzustreben? Wir wenden uns entschieden gegen die unhaltbare These, daß nur der Eigentümer der im Arbeits- und Verteilungsvorgang unserer heutigen Wirtschaft benutzten Arbeitsmittel zu entscheiden habe, wann, was, wieviel und wozu produziert wird. Dem arbeitenden Menschen muß auch dort ein Mitbestimmungsrecht gesichert werden, wo er aus zwingenden Gründen und ohne sein Verschulden individuelles Eigentum nicht erwerben kann.

Die Aufgabe einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist es, das demokratische Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen in die Demokratie einzubauen und Planung und Freiheit harmonisch zu verbinden.

Der seit 1948 in der Bundesrepublik betriebenen Wirtschaftspolitik sind Mitbestimmung, Planung und Lenkung ein Greuel. Darum kann sie die uns in unserer Zeit gestellte wirtschaftspolitische Aufgabe nicht lösen. Die freie Unternehmerinitiative ist sicher lobenswert, und auch wir wollen sie nicht entbehren. Man soll aber weder die Unternehmer noch die dogmatischen Prinzipien des Neo-Liberalismus überfordern. Die Unternehmer können sich allenfalls dem wirtschaftlichen Konjunkturverlauf anpassen, aber sie können nicht dem Konjunkturzyklus entgegengesetzt handeln. Die sogenannte freie Unternehmerinitiative kann unsere von vielfältigen Strukturbrüchen heimgesuchte Volkswirtschaft nicht heilen. Erfahrungsgemäß hat sie auch immer wieder gegenüber dem Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft versagt.

Diese Prinzipien sind aber vor allem auch unbrauchbar gegenüber der Aufgabe, den unausweichlichen Neubau unserer Volkswirtschaft und darüberhinaus unseres gesamten gesellschaftlichen Zusammenlebens zu erfüllen. Die Notwendigkeit des Neubaus kann zumindest in unserem Land nicht geleugnet werden. Wie sollen wir sonst allein das Problem lösen, die rund 9,6 Millionen vertriebenen und geflüchteter Menschen so in unsere Gemeinschaft einzuordnen, daß sie eine einigermaßen gesicherte materielle Existenz und die Möglichkeit einer menschenwürdigen Lebensgestaltung für sich und ihre Kinder erhalten. Allein schon die Zahlen lassen die Größe dieses Problems erkennen. 9 Millionen Menschen, das bedeutet die Einwohnerzahl von so blühenden Ländern wie Dänemark und die Schweiz zusammengenommen. Der australische Kontinent beherbergt nur insgesamt 8 Millionen Einwohner. Vergleichen Sie damit den engen westdeutschen Raum mit seinen nunmehr bald 50 Millionen Einwohnern.

Viele der Arbeitsfähigen aus dem Flüchtlingsstrom sind inzwischen von der Nachfrage aufgesogen worden, die der innere Aufbau und die von außen kommende Rüstungskonjunktur ausgelöst haben. Viele andere aber warten noch immer auf Arbeit; sehr viele andere können selbst nicht mehr arbeiten und bedürfen einer menschenwürdigen Versorgung.

Ein Fünftel der Einwohner der Bundesrepublik sind Heimatvertriebene; sie stellen mehr als 30 % aller Arbeitslosen. Ihr Anteil an den Dauerarbeitslosen, d.h. Arbeitslosen, die länger als achtzehn Monate ohne Beschäftigung sind, beträgt mehr als 50 %. Von 100 beschäftigten Heimatvertriebenen waren früher 35 wirtschaftlich selbständig; jetzt sind es 7. Die Zahl der in abhängiger Arbeit Stehenden ist von früher 65 auf jetzt 93 vom Hundert gestiegen. Welche soziale Umwälzung, aber auch welches individuelles Leid verbirgt sich hinter diesen kalten Ziffern.

Die bundesamtlichen Veröffentlichungen weisen ferner nach, daß der Anteil der Heimatvertriebenen an den Beschäftigten einer bestimmten Lohngruppe umso größer ist, je weniger der durchschnittliche Wochenlohn dieser Lohngruppe beträgt. Das bedeutet, daß der fachgeschulte Heimatvertriebene nicht die gleiche Chance hat wie der Alteingesessene.

Gerade an dem Beispiel des sozialen Schicksals der Heimatvertriebenen zeigt sich, daß sich durch eine vernünftige Planung und Lenkung der Produktion, durch eine Politik der Vollbeschäftigung für den Einzelnen ein größeres Maß von Freiheit erbringen läßt.

Dabei handelt es sich bei dem Vertriebenenproblem nur um einen Teil der sozialen Verpflichtungen, die wir als Folge der Hitlerdiktatur und des verlorenen Krieges zu erfüllen haben. Es gibt noch andere nicht minder große Lasten, denen wir nicht ausweichen können, und die wir nicht dadurch von uns abwälzen können, daß wir ihre Existenz ignorieren. Ich denke nur an die neuen Verpflichtungen, die der Bundesrepublik aus dem Zustrom von Flüchtlingen aus der Sowjetzone erwachsen. Ich denke an die große Zahl von Opfern des Krieges der verschiedensten Art, die unter uns leben und die einen Anspruch auf soziale Sicherheit haben. Wir werden auch neue Lasten zu übernehmen haben,

um unsere Verpflichtungen gegenüber dem Ausland abzudecken; und in unserem Bewußtsein muß immer die große Aufgabe lebendig bleiben, die auf uns zukommen wird, wenn eines Tages die Wiedervereinigung Deutschlands Wirklichkeit wird. Es ist dann unsere Pflicht, dazu beizutragen, daß die Menschen in dem jetzt von der Bundesrepublik abgeschnittenen Teil so schnell wie möglich wenigstens den Lebensstandard erreichen, den wir zur Zeit in der

dieser sozialen Leistungen hängt der die nationale Existenz unseres Volkes beruhenden und die auf uns zukommenden Aufgaben und erfüllen, wenn es uns gelingt, zu vergrößern und das Volkseinkommen zu erheben. Der notwendigen Maßstab nur geschehen durch

Modernisierung, also durch Modernisierung und Erhaltung des Produktionsapparates;

Erhaltung der Produktionsfaktoren, vor allem der Arbeitskräfte;

Erhaltung und Erhöhung eines Volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltsplanes.

Sicherung eines stabilen Niveaus nicht überhöhter Preise mit Hilfe des geschützten Wettbewerbs.

Der staatlichen Finanz- und Steuerpolitik fällt die Aufgabe zu, in diesem Zusammenhang alles in ihrem Bereich zu tun, was die Politik der Vollbeschäftigung fördern kann.

In diesem Sinne ist der Satz zu verstehen, der den wirtschaftspolitischen Teil unseres Dortmunder Aktionsprogramms einleitet und der auch ungeschrieben als Leitwort über dieser Tagung steht:

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit."